

## **EntschlieÙung zum 6. dbb Landesfrauenkongress**

### ***Vereinbarkeit stärker ausbauen!***

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Die Entscheidung darüber, wer innerhalb einer Familie die Kinderbetreuung und/oder die Pflege von hilfebedürftigen Angehörigen übernimmt, ist in der Regel eine wirtschaftliche. Da Frauen häufiger als Männer den geringeren Anteil zum Familieneinkommen beisteuern, da sie beispielsweise über ein geringeres Einkommen verfügen oder in Teilzeit arbeiten, übernehmen sie überdurchschnittlich häufig die unbezahlten Familienaufgaben. Das steht im Widerspruch zu den Wünschen der Eltern: Mütter wollen mehr arbeiten, während Väter sich mehr Zeit mit den Kindern erhoffen.

Bei den Wünschen der Beschäftigten im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen finanzielle Hilfen, Hilfen bei der Organisation von Betreuungsplätzen, flexible Arbeitszeitlösungen, aber auch Auszeiten für pflegebedürftige Angehörige im Fokus.

Wichtig für Familien ist auch die systematische Entwicklung einer Familienzeitpolitik. Denn alleine die flexiblen Arbeitszeitmöglichkeiten für Beschäftigte lösen das Problem nicht, solange nicht Kindertages- und Betreuungseinrichtungen auf diese Zeiten abgestimmt sind. Auch eine modern ausgestaltete Arbeitszeitpolitik, die nicht ausschließlich auf Anwesenheitszeiten, sondern auf Erledigung bestimmter Arbeiten abzielt, würde helfen, Vereinbarkeitsproblematiken zu entschärfen.

Wichtige Schritte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind mit dem bundesweit geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab einem Jahr, dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz mit Partnerschaftsbonus sowie dem Familienpflegezeitgesetz bereits erfolgt. Nun gilt es, auf dieser guten Basis aufzubauen und die bestehenden gesetzlichen Regelungen weiterzuentwickeln.

Auch im Hinblick auf einen öffentlichen Dienst, der vom demografischen Wandel betroffen ist und um Nachwuchskräfte wirbt, ist eine nachhaltige Politik für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf notwendig.

Die dbb frauen saar fordern daher:

- das Angebot an Ganztagesbetreuungsplätzen weiter auszubauen und insbesondere für Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehenden zugänglich zu machen.
- das Elterngeld weiter zu flexibilisieren und für Väter attraktiver zu machen. ElterngeldPlus und die Partnerschaftsmonate sind ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings sollten die Regelungen im Hinblick auf den Stundenumfang und die Übertragung auf spätere Zeiträume erweitert werden.

- mobiles Arbeiten, flexible Arbeitszeit- und Führungsmodelle, alternierende Telearbeit und Lebensarbeitszeitkonten im Sinne einer familienfreundlichen Behördenkultur flächendeckend und bedarfsgerecht anzubieten.
- Aus- und Weiterbildungen, Aufstiegsverfahren dezentral und mobil zu ermöglichen.
- dass Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit und Teilzeitbeschäftigung ebenso wie flexible Arbeitszeitmodelle sich nicht negativ auf berufliches Fortkommen, Beförderungszeiten und Alterssicherung auswirken.
- keine Verlängerung der Probezeit bei Inanspruchnahme von Elternzeit
- dass während Erziehungszeiten erworbene Fähigkeiten wie Sozialkompetenz, Belastbarkeit, Zeitmanagement, Organisations- und Teamfähigkeit stärker bei der Leistungsbewertung gewürdigt werden.
- dass Personalentwicklungsinstrumente familienfreundliche Arbeitsorganisation ebenso wie gegenderte Beurteilungen einbeziehen.
- dass der öffentliche Dienst durch Einführung eines umfassenden Zeitmanagementkonzeptes seiner Vorreiterrolle gerecht wird.
- das Gesetz zur Familienpflegezeit kontinuierlich weiterzuentwickeln mit dem Ziel, eine Lohnersatzleistung für Pflegenden nach dem Vorbild des Elterngeldes einzuführen.
- weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen, die häufig die Hauptlast der Pflege tragen, zu entlasten.

Zudem müssen Lücken in der Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des Lebens geschlossen werden, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

Deutschland belegt im Gleichstellungsranking Platz 10, eine Stelle besser als im vergangenen Jahr. Auf den ersten Plätzen liegen unverändert Island, Finnland, Norwegen und Neuseeland.

Zwar schneidet Deutschland im internationalen Vergleich bei der Gleichstellung besser ab als noch im vergangenen Jahr, insgesamt sind die Fortschritte aus Sicht der dbb frauen jedoch nur punktuell.

Es geht darum, dieses Niveau zu verbessern und die erzielten Fortschritte auch in allen anderen Lebensbereich anzustreben. Der Gap-Report des Weltwirtschaftsforum zeigt auch, dass Deutschland etwa im Bereich der wirtschaftlichen Teilhabe – insbesondere bei der Besetzung von Managerposten mit Frauen und der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit – auf das Niveau von 2009 zurückgefallen ist. Nicht zuletzt ist das auch auf die Corona-Krise zurückzuführen. Um die Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu stärken, müssen wir mehr Frauen in Führungspositionen bringen und der Gender Pay Gap geschlossen werden.

Der öffentliche Dienst als einer der wichtigsten Arbeitgeber von Frauen muss hier noch konsequenter mit gutem Beispiel vorangehen.